

Wiedervereinigung Nord- und Südbadens im Baslerhof in Freiburg im Rahmen einer Veranstaltung zum Baden-Württemberg-Jubiläum



Am 13. April 2002 fand im Amtssitz des südbadischen Regierungspräsidenten, im Basler-Hof in Freiburg, eine Veranstaltung statt, über die zwar im Rundfunk, aber nicht in der örtlichen Zeitung berichtet worden ist. Gut 80 persönlich geladene Personen nahmen teil, darunter Landtagsabgeordnete, Kommunalpolitiker, Landesbeamte und unter diesen allen die Autoren eines Buches, das zu diesem Anlaß präsentiert werden sollte. Das Ereignis, das da im Zusammenhang mit dem 50jährigen Landesjubiläum stattfand, war darum nicht alltäglich, weil die beiden badischen Regierungspräsidenten, Dr. von Ungern-Sternberg und Frau Hämmerle, als Gastgeber gemeinsam in Erscheinung traten. Sie hatten gemeinsam ein Geleitwort zu einem Buch geschrieben, das an diesem Tag der Öffentlichkeit übergeben wurde: „Die badischen Regionen am Rhein. 50 Jahre Baden in Baden-Württemberg. Eine Bilanz“. Herausgegeben hat es der an der Universität Würzburg Politische Wissenschaft lehrende Professor Paul-Ludwig Weinacht; erschienen ist es im Nomos-Verlag Baden-Baden (Preis 34 Euro).

Regierungspräsident Dr. von Ungern-Sternberg hat zu dem Buch außerdem eine Art von „Regierungserklärung“ für Südbaden beigesteuert, sein Vorgänger im Amt, Dr. Conrad Schröder, hat die Rolle des Freiburger Regierungspräsidenten als baden-württembergischen „Außenministers“ dargestellt. Zahlreiche leitende Landesbeamte, der Freiburger Oberbürgermeister, der Bürgermeister von Tauberbischofsheim, mehrere namhafte Uni-

versitätsprofessoren, unter ihnen der emeritierte Freiburger Pädagoge, Prof. Dr. Kurt Aurin, haben an dem Buch mitgewirkt, das nicht irgendeine landeskundliche Darstellung, sondern ein Buch aus badischer Perspektive ist. Das allein mag derzeit angesichts der von Ministerpräsident Erwin Teufel animierten Fusionspläne und amtlichen baden-württembergischen Identitätsschüben auffallen. Wichtiger aber ist wohl dies: am 13. März 2002 wurde vor aller Augen sinnbildlich wiederhergestellt, was durch die Landesverwaltungsgesetze getrennt ist: der badische Zusammenhang am Rhein. Seine staatsrechtliche Verbindung, die seit 1934 gelockert, aber nicht aufgelöst war, wurde ja erst bei Kriegsende durch die Besatzungsgrenzen aufgelöst und durch die nachfolgende staatsrechtliche Ordnung endgültig zerschlagen. Auch im Südweststaat konnte sich der Verfassungs- und Verwaltungsgesetzgeber nicht dazu entschließen, einen einheitlichen badischen Verwaltungszusammenhang herzustellen – womöglich wäre dann der Ausbruch des lange schwärenden morbus badensis (Leo Wohleb), gemeinhin: „die badische Frage“, unterblieben.

Bis 1970 wurde ja mit dieser Frage der Versuch verbunden, den ungeteilten Zusammenhang Badens in einem selbständigen Bundesland wiederherzustellen. Das bedeutete, daß ein gedeihlich entwickeltes neues Bundesland hätte wieder aufgelöst werden müssen. Die Wahrscheinlichkeit, daß es so komme, war anfangs nicht von der Hand zu weisen, ver-

schwand dann aber mehr und mehr. Der nachfolgend abgedruckte Beitrag zweier badischer Politikwissenschaftler arbeitet die Chancenstruktur für die Wiederherstellung Badens anhand demoskopischer Umfragedaten auf. Die Autoren greifen dafür auf einen Originalartikel des an der Universität Bonn lehrenden Professors, Dr. Tilman Mayer, zurück, der sich in dem oben genannten Buch „Badische Regionen am Rhein“ findet (S. 476–486). Er ist hier durch ergänzende Verweise auf zeitgeschichtliche und landeskundliche Literatur nicht unwesentlich erweitert worden.

WIE WAR DIE STIMMUNG IN BADEN?

Aufträge an das Allensbacher Institut für Demoskopie (1948–1970)

Es ist in der Öffentlichkeit erst in jüngster Zeit bewußt geworden, welche Rolle Meinungsumfragen für die Politik der Regierungen spielen. Lassen sie sich doch regelmäßig die Meinungstrends in der Bevölkerung und die Akzeptanz ihrer Politik in der öffentlichen Meinung ergänzend zum Presse-Echo vorlegen, um daraus passende Schlüsse zu ziehen; selbst Diktaturen waren und sind für Stimmungen im Land nicht unsensibel. Die Genauigkeit der gemessenen Meinungen und die Bewertung von Ausschlägen hat übrigens gewonnen, seitdem mit den Mitteln empirischer Sozialforschung repräsentative Bevölkerungsquerschnitte befragt und dank Archivierung alter Befragungsergebnisse Längsschnittstudien vorgelegt werden können. In Deutschland beginnen solche Längsschnittstudien in den späten 40er Jahren. Zu den frühesten Dienstleistungen empirischer Sozialforschung an die Regierenden gehören Umfragen des Meinungsforschungsinstituts der damals jungen Elisabeth Noelle, die die amerikanischen Methoden nach Deutschland einführte. Ihr in Allensbach am Bodensee gegründetes Institut für Demoskopie (IfD) verfügt deutschlandweit über das wichtigste Archiv für (selbsterhobene) Meinungsumfragen.

Zu den frühesten Aufträgen an das Institut gehören Stimmungsberichte für die französische Besatzungsmacht und für Regierungen der Nachkriegsländer im Südwesten. Was später als „Badenfrage“ thematisiert worden ist

und anfangs eine Frage der Akzeptanz einer möglichen Neugliederung war, läßt sich im Allensbacher Archiv auffinden. Zwischen 1948 und 1970 haben insbesondere Stuttgarter Regierungen die Stimmung in Baden erheben lassen. Die Ergebnisse seien im folgenden knapp referiert.

DIE ERSTE UMFRAGE ÜBER KENNTNISSE UND STIMMUNGEN IM LAND – EIN AUFTRAG GEBHARD MÜLLERS?

Über den Auftraggeber zur ersten Umfrage zur Neugliederung bestehen Zweifel, weil im Archiv hierzu keine Angaben vermerkt sind. Es spricht jedoch manches dafür, daß der Auftrag, dem das Institut in der ersten Augusthälfte des Jahres 1948 nachkam, aus Tübingen stammte. Erhoben werden sollte das allgemeinpolitische Interesse und speziell die Bereitschaft der Bevölkerung im französisch besetzten Württemberg und Baden, künftig in einem gemeinsamen größeren Bundesland zu leben. Frau Noelle teilte mit: Nur jeder vierte Befragte habe eine Vorstellung davon, daß es im Südwesten drei Regierungen gebe und wo diese ihren Sitz hätten. Jeder zweite wisse, daß die – übrigens von den Besatzungsmächten den Ministerpräsidenten der Länder in den sog. Frankfurter Dokumenten nahegelegte Neugliederung – auch den Südwesten betreffen könne.

Den Kern der Umfrage bildete folgende Frage:

„Es soll eine Volksabstimmung über die Grenzen von Württemberg und Baden stattfinden. Für welche dieser Lösungen würden Sie stimmen?“

Alternativ wurden Zusammenschluß der drei südwestdeutschen Länder bzw. Wiederherstellung der alten Länder zur Auswahl gestellt. 54% aller Befragten waren für einen Zusammenschluß, 23% waren für Wiederherstellung. Die Meinungen in Südbaden und Südwürttemberg-Hohenzollern wurden nach Parteipräferenzen unterschieden. Der Vereinigungswille bei DVP-Anhängern (83%) und bei SPD-Anhängern war groß (81%), bei Unionsanhängern eher schwach (45% für Vereinigung, 36% für Wiederherstellung). Für eine Ländervereinigung wurde auch nach der Einbeziehung der

Pfalz gefragt: 23% dafür, 13% dagegen, gleichgültig 29%, unentschieden 19%.

Das Institut kommentierte das Ergebnis unter dem Aspekt einer künftigen Volksbefragung so:

„Es gehört zu den überraschenden Ergebnissen der Untersuchung, daß der konservative Vorschlag, die beiden Länder in ihrer alten Form wieder herzustellen, in der öffentlichen Meinung ziemlich unsicher verankert ist, während umgekehrt der neue Gedanke, die Länder Württembergs und Badens zu vereinigen, mit sehr viel größerer Festigkeit befürwortet wird... (Es) haben schon jetzt die Anhänger des Zusammenschlusses zu 81 Prozent die feste Absicht, bei einem Volksentscheid ihre Stimme abzugeben, während von den Anhängern der Wiederherstellung der Länder in ihren alten Grenzen nur 53 Prozent zu einer Beteiligung an einem Volksentscheid fest entschlossen sind.“

Die Botschaft, die diese Ergebnisse für die Auftraggeber enthielt, mußte ihnen gefallen und scheint die Haltung Gebhard Müllers als „Vermittler“ zwischen seinen Kollegen aus Württemberg-Baden und Baden (franz. BZ) im Bewußtsein, die siegreiche Sache zu vertreten, gestützt zu haben.

Eine Umfrage im Auftrag der Arbeitsgemeinschaft der Badener:

Im Vorfeld der konsultativen Volksabstimmung, auf die sich die drei Ministerpräsidenten der südwestdeutschen Länder nach langem und ergebnislosem Verhandeln unter dem Druck der Öffentlichkeit für den 24. 9. 1950 geeinigt hatten, veranlaßte Oberlandesgerichtspräsident Dr. Zürcher aus Freiburg im Namen der Arbeitsgemeinschaft der Badener in Allensbach eine Umfrage. Sie wurde im Juli 1950 durchgeführt und als Bericht am 9. August abgeschlossen.

In der ersten Julihälfte 1950 wurden in Baden folgende Meinungen festgestellt:

	Für Südweststaat	Für Altbaden
Land (Süd-)Baden	46%	54%
Landesbezirk (Nord-)Baden	60%	40%

In Südbaden, das insgesamt eine satte Mehrheit für die Traditionsländer („Altbaden“)

aufwies, überwogen die Stimmen für den Südweststaat nur in Stockach, Überlingen, Villingen und Donaueschingen; Freiburg-Land, Lahr und Emmendingen erbrachten schwache Mehrheiten für Altbaden. Für Freiburg-Stadt erhob das Institut noch eine Südweststaats-Mehrheit, die im September 1950 bei der konsultativen Volksabstimmung einer altbadischen Mehrheit weichen sollte – vermutlich wegen der pro-badischen Aktivitäten in Freiburg. Das Allensbacher Institut erläuterte das Pro und Contra wie folgt:

„Die oberen Bildungs- und Einkommenschichten entscheiden sich in der Mehrheit für den Südweststaat; das gleiche gilt einerseits für den protestantischen Bevölkerungsanteil, andererseits für die Anhänger der SPD und der FDP. Erwartungsgemäß tendieren die Flüchtlinge, ebenso auch die Einwohner Südbadens, die erst nach dem 1.9.1939 zugezogen sind, vorwiegend zum Südweststaat. Dagegen entscheiden sich gebürtige Badener fast 2:1 für die Wiederherstellung von Alt-Baden. Die Landbevölkerung befürwortet die Wiederherstellung von Alt-Baden so eindeutig, daß auf sie eine Wahlpropaganda kaum mehr Einfluß ausüben dürfte.“

In Heidelberg und Mannheim gebe es ein beträchtliches Übergewicht zugunsten des neuen Staates. Insgesamt sei in Nordbaden mit Mehrheiten für den Südweststaat zu rechnen.

Die Demoskopien vom Bodensee sagten über das zu erwartende Ergebnis der Volksbefragung: Die Mobilisierung der Landbevölkerung könnte die Ergebnisse „zugunsten Altbadens verschieben“. Die gesamtbadische Entscheidung stehe „auf des Messers Schneide“. Eine eindeutige Prognose verlange eine zweite Befragungswelle, die jedoch aus Kostengründen nicht in Auftrag gegeben wurde. Gleichwohl ließ es sich die Arbeitsgemeinschaft der Badener nicht anfechten, angesichts der wachsenden Resonanz ihrer Botschaften im Land vor der Presse zu erklären, im Süden bestehe eine deutliche Mehrheit für Baden und im Norden (Badens) nur eine ganz kleine Mehrheit für den Südweststaat (SZ, Frankfurter Rundschau vom 23. 9. 1950). Die badischen Wahlkämpfer lagen mit ihrer vom Wunsch beflügelten Prognose – sieht man das Ergebnis vom September 1950 an – auch ohne „zweite Befragungswelle“ recht nah an den Ereignissen (in Südbaden ging der Südweststaats-Anhang

um 6 Prozentpunkte, und in Nordbaden um immerhin 2,7 Prozentpunkte zurück, so daß die durchgezählten Stimmen eine knappe Mehrheit für die Wiederherstellung der alten Länder ergaben.)

VORLETZTE UMFRAGE VOR DER VOLKSABSTIMMUNG („ARBEITSGEMEINSCHAFT SÜDWEST“).

Ein halbes Jahr vor der Abstimmung vom 9. Dezember 1951 ließ die Arbeitsgemeinschaft Südwest die Meinung der Bevölkerung erheben. Die Juni/Juli-Zahlen erbrachten - auf Gesamtbaden durchgezählt - 52,8 Prozent für den Südweststaat, wobei auch Motive erfragt wurden. Wichtigstes den Vereinigungswillen tragendes Motiv war die Wirtschaft, an zweiter Stelle die Überwindung der Kleinstaaterei, an dritter Stelle Verwaltungseinsparungen. Drei Statements zielten auf die mögliche Akzeptanz der Agitation des Heimatbundes, also des Konkurrenten der Arbeitsgemeinschaft Südwest:

	Nordbaden	Südbaden
„Die Schwaben sind zu geschäftstüchtig, zu sehr auf ihren Vorteil bedacht. Sie würden die ganze Regierung an sich reißen.“ Es stimmen zu	40%	40%
„Wie es früher war mit Baden in seinen alten Grenzen, so soll es wieder werden. Der alte Zustand ist immer der beste.“ Es stimmen zu	38%	47%
„Wer seine badische Heimat wirklich liebt, kann nicht für den Zusammenschluß mit Württemberg sein. Es ist immer besser, wenn man unter sich ist und nach seiner eigenen Art leben kann.“ Es stimmen zu	33%	40%

Aus den Antworten auf diese und weitere Statements ließ sich erkennen, daß die Neugliederungsfrage, die seit dem 9. 12. 1951 zur „badischen Frage“ werden sollte, nicht dasjenige Polarisierungsgefüge strikter Meinungslager aufwies, wie vielleicht zu vermuten wäre. Selbst der casus belli der befürchteten und erwarteten Übervorteilung Badens wurde nicht rigoros abgelehnt. Allerdings zeigte sich eine große

Gruppe als unwissend, man könnte sagen: trotz allem nicht mobilisiert und damit die Bevölkerung auch nicht polarisiert. Deutliche Meinungsunterschiede gab es auf ein Statement, das sich auf die Klage der badischen Regierung vor dem Bundesverfassungsgericht bezog: das II. Neugliederungsgesetz des Bundes wurde darin als grundgesetzwidrig bezeichnet.

„Nach dem vom Bundestag in Bonn beschlossenen Wahlgesetz wird der Südweststaat auch dann gebildet, wenn . . . Nordbaden oder Südbaden dagegen stimmt. Finden Sie das gut oder nicht gut?“

	Nordbaden	Südbaden
Finde ich gut so	39%	27%
Finde ich nicht gut	37%	46%
Unentschieden	15%	14%
Egal	9%	13%

Wie man sieht, lehnte die eine deutliche relative Mehrheit in Südbaden das vom Bundesgesetzgeber beschlossene Verfahren ab, wonach der Südweststaat auch gegen den Willen ihres Landes zu bilden sei.

LETZTE UMFRAGE VOR DEM VOLKSSENTSCHEID AM 9. DEZEMBER 1951 (VEREINIGUNG SÜDWEST)

Einen Monat vor dem Volksentscheid am 9. 12. 1951 ließ die Vereinigung Südwest die Meinung der badischen Bevölkerung zum Karlsruher Urteil, das die Konformität des II. Neugliederungsgesetzes mit dem Grundgesetz feststellte, in Erfahrung bringen. Das Statement lautete:

„Wohleb hat erklärt, die Richter seien ungerrecht gegenüber dem Land Baden gewesen. Finden Sie das auch?“

Zwei von drei Befragten wußten von dem Urteil nichts. Von den übrigen antworteten in Nordbaden 28%, in Südbaden 23% mit Nein. Selbst die Anhänger Altbadens waren nicht besser informiert. Ganze 4% der in Nordbaden Befragten sagten, sie hätten im Kino pro-badische Propaganda gesehen: 17% der Nord-

badener und 10% der Südbadener hatten Südweststaats-Propaganda wahrgenommen.

In dieser letzten Meinungserhebung vor dem Volksentscheid glaubten die Allensbacher Demoskopisten, es bestehe in Gesamtbaden eine 55,8prozentige Mehrheit für den Südweststaat. Sie irrten sich zulasten des Altbaden-Ergebnisses, das bekanntlich die Mehrheit erhielt, um sieben Prozentpunkte – eine in der Geschichte der Prognostik ernüchternde Fehlmeldung an die Auftraggeber. Ob dieser Irrtum mit dazu beigetragen hat, daß das Institut seine Methodik („Quotenverfahren“) umstellte?

MEINUNGSMESSUNGEN NACH DER SÜDWESTSTAATSGRÜNDUNG

Die erste einer Folge von demoskopischen Untersuchungen der öffentlichen Meinung im badischen Landesteil des Südweststaats fand zwischen dem 17. (!!) und 29. Juni 1953 statt. Das Allensbacher Institut glaubte, einen Meinungswandel zugunsten des Südweststaats beobachten zu können.

Allerdings gab es verschiedener Ansicht über die Vorteile, die mit der Gründung des neuen Landes verbunden seien. Auf die Frage, „wer nun eigentlich vom Zusammenschluß zum Südweststaat den größten Vorteil gehabt“ habe, meinten die Antwortgeber in Württemberg zu 30% bzw. 33% (in Südwürttemberg), die Badener hätten den größten Vorteil. In Baden war das Antwortverhalten spiegelbildlich: Es seien die Schwaben, die dabei gewonnen hätten (31% bzw. 36% in Südbaden).

Die zweite Befragungswelle nach der Südweststaatsgründung fand vor den Landtagswahlen im November bzw. im Dezember 1955 statt. In Südbaden, so ergab sich, kennt man seine Bundestags- und Landtagsabgeordneten weniger als in den andern südwestdeutschen Landesteilen. Wohl kaum ein Ausdruck von Resignation; denn in diesem Jahr hatte der Heimatbund beim Bundesverfassungsgericht ein Urteil erstritten, der ihm das Recht auf ein neues Volksbegehren im badischen Landesteil des Südweststaats nach Art. 29 GG gab. Das Volksbegehren war mit 15% Eintragungen aller Wahlberechtigten in Baden erfolgreich. Die Frage, die die Landesregierung interessierte, hieß: Wie würde im Fall einer Abstimmungswieder-

holung gewählt werden? Die Demoskopisten gaben an, daß – die badischen Bezirke zusammengezählt – fast jede zweite Stimme dem Südweststaat gehören werde (48%), 26% würden noch für die alten Länder votieren. In Südbaden würden noch 45% für die Wiederherstellung der alten Länder, nur 35% für den Südweststaat stimmen.

Andere Themen der Befragung betrafen u. a. die Akzeptanz föderaler Institutionen wie z. B. die der Landesregierung – inzwischen stand sie in Stuttgart unter der Führung von Gebhard Müller und genoß hohe Zustimmung. Die Verfassungsfrage Simultan – oder Konfessionsschule, die in Südwürttemberg, aber nur dort, zugunsten der Konfessionsschule gelöst worden war, erscheint eher als ein regionales denn ein konfessionelles Thema: selbst regelmäßige Kirchenbesucher unter den Katholiken befürworteten mit 53% die Simultanschule – bei 40% Gegenstimmen (CDU-Anhänger 63 zu 32).

POLITIKBERATUNG DURCH DAS INSTITUT FÜR DEMOSKOPIE (1959, 1962, 1963)

Seitdem das Bundesverfassungsgericht im Jahr 1955 der Klage des Heimatbundes Badenerland stattgegeben hatte, daß im Landesteil Baden ein neuerliches Volksbegehren zulässig sei, dem ein Volksentscheid nachzufolgen habe, und dies u. a. darum, weil 1951 der „Wille des badischen Volkes überspielt“ worden sei, war unübersehbar die „badische Frage“ in die Landespolitik getreten. Das vom Heimatbund organisierte Volksbegehren war erfolgreich, nun mußte der Volksentscheid folgen – eine recht unangenehme Zwangslage, in der sich die Landesregierungen damals befanden.

Zum Jahreswechsel 1958/1959 wurden die Initiativen des Heimatbundes Badenerland, dem die Zeit davonrann, drängender. Die Demoskopisten fanden für die Stuttgarter Landesregierung heraus, . . . daß nur zwei Drittel der „Altbadener“ eine neue Abstimmung wünsche und ein selbständiges Baden am ehesten dem Wunsch der ländlicher Katholiken, insbesondere der älterer und schulisch weniger Gebildeter entspräche (60 Jahre und älter). Wer wirtschaftlich orientiert dachte und wer Abitur hatte, der sprach sich auch in Südbaden überwiegend für

das bestehende Land aus. Jeder dritte unter den Befragten in Nordbaden hatten vom Heimatbund Badenerland gehört, in Südbaden jeder zweite. Den Namen der Zeitung des Heimatbundes („Badnerland“) kannte nur jeder fünfte. Die Landesregierung durfte, so schien es, beruhigt sein, der Heimatbund seinerseits ahnte mehr als daß er Gewißheit hatte, wie chancenlos er bereits war.

Der als Gutachten firmierende Abschlußbericht des Allensbacher Instituts enthält eine Form von Politikberatung, die in ihrer Direktheit überrascht. Aus badischer Sicht würde man gesagt haben, ein Machiavellist habe die Feder geführt, und eben dies fand, wie man heute weiß, bei den Regierenden in Stuttgart und in Bonn offene Ohren:

„Wie die Resultate dieser Untersuchung zeigen, hat die altbadische Bewegung Boden verloren. Die folgende Gegenüberstellung der jetzigen Volksstimmung mit dem Abstimmungsergebnis vom Dezember 1951 belegt, daß die Bevölkerung Badens sich – wenn auch langsam – mit der bestehenden Ordnung zu befreunden scheint. Eine Mehrheit für die Bildung eines selbständigen Landes Baden bei einer Volksabstimmung erscheint bereits heute als so gut wie ausgeschlossen; vorausgesetzt allerdings, daß die Wahlbeteiligung normal ist und der Aktivität der Altbadener propagandistisch begegnet werden kann. Ferner: Da die Zeit gegen die altbadische Idee arbeitet, würde sich bei einer Volksabstimmung eine umso klarere Mehrheit für die Erhaltung des Südweststaates ergeben, in je weiterer Ferne der Termin einer solchen Abstimmung liegt.“

Im Abschlußbericht wird – ausgehend von der Volksabstimmung 1951 – der Meinungstrend im Landesteil Baden dokumentiert, woraus wir die folgenden Zahlen wiedergeben (die sog. Bestätigungsfrage für B.-W. bringt 1962 10 Prozentpunkte mehr ein; nachfolgend werden die Antworten auf die Alternativfrage verglichen).

	9.12.1951	Frühjahr 1959	Frühjahr 1962
Für B.-W.	47,5	64	70
Für Baden	52,5%	36	30

Vor allem in Südbaden wurden erdrutschartige Verluste der Badener-Bewegung registriert: die Anhängerschaft Alt-Badens nahm hier von 62% (amtl. Wahlergebnis vom 9. Dezember 1951) über 38% (1959, IfD) auf nunmehr 23% (1962, IfD) ab. In Nordbaden heißt die entsprechende Reihe 43%, 20%, 16%. Die Demoskopien erklären den Schwund innerhalb der Badener-Bewegung damit, daß sie „die Unterstützung der jüngeren und aktiveren Bevölkerungsschichten verloren“ habe. Die „einfacheren Schichten“ hätten „der Altbaden-Romantik entsagt“. Einen gewissen Anklang finde die Badener-Bewegung zwischen Lahr und Rastatt, im Raum Karlsruhe und in Landkreisen im Schwarzwald, am Hochrhein und am Bodensee. Daß die badischen Töne in Karlsruhe Resonanz hätten, sei damit zu erklären, daß die städtische Bevölkerung den „Regierungssitz“ zurückerwarte.

Experimentell ließ die Landesregierung die Abstimmungsfrage testen, einmal als Bestätigungsfrage („Sind Sie dafür, daß B.-W. zusammenbleibt – ja oder nein?“) zum andern als Alternativfrage („Sind Sie dafür, daß B.-W. als ein Land zusammenbleibt, oder daß es wieder ein selbständiges Baden gibt?“). Obgleich die Option „Baden“ im zweiten Fall besser abschnitt als bei der bloßen Rest-Option („Nein“ zum Südweststaat), sind beide Ergebnisse doch eindeutig im Minderheitenbereich (17% bzw. 22%).

Und wieder bietet das Institut für Demoskopie in Allensbach der den Auftrag zur Meinungserhebung erteilenden Landesregierung seinen politischen Rat an, nämlich als Antwort auf die Frage, ob es „notwendig und psychologisch zweckmäßig“ sei, „einen Volksentscheid von seiten der Landesregierung oder der Anhänger des Landes B.-W. propagandistisch vorzubereiten, also eine Abstimmungs-Kampagne zu führen.“ Man solle nach dem Beispiel der Unfall-Bekämpfungskampagne, die derzeit laufe, „auf vielen, möglichst große Zahlen von Menschen betreffenden Lebensbereichen Gemeinschaftsaktionen unter der Schirmherrschaft von B.-W. ins Leben“ rufen. „Die Kraft dieses Landes (B.-W.) muß seinen Bürgern mehr als bisher bewußt gemacht werden. Zweckmäßig erschiene es vielleicht, große wirtschaftliche und kulturelle Projekte, die das Land Baden betreffen,

wirkungsvoll zu veröffentlichen, nicht im Sinne von Wahlversprechungen, sondern als sachlicher Ausblick auf das, was zwangsläufig kommt. Dieser Punkt kann von großer Bedeutung werden, da in Baden das Gefühl noch nicht ganz verschwunden ist, daß dieser Landesteil vom Zusammenschluß weniger profitiert habe als Württemberg.“

Ein Jahr später, 1963, wurde der bislang umfangreichste Bericht in der Serie „Die Stimmung in Baden“ verfaßt. Er wurde mit den schicksalsschwangeren Sätzen eröffnet: „Wir sind Zeugen eines merkwürdigen Vorgangs, des Verschwindens einer Bewegung. Die Gruppe der Altbadener ist zu politischer Bedeutungslosigkeit zusammengesunken. Sie kann die Existenz Baden-Württembergs nicht mehr gefährden.“ Nur noch jeder vierte Befragte in Südbaden und 16/17 Prozent in Nordbaden sind übrig – und daran ändere sich voraussichtlich nichts mehr. Die detailligte einzigartige Einzelbefragung in 16 Landkreisen kommt zum Ergebnis, daß die lokalen Persönlichkeiten – sie wurden also noch immer ernst genommen – für das Schicksal der Badenfrage entscheidend sei. Die Bewegung sei eine Honoratiorenpartei geworden. Und: „Es käme in manchen Kreisen darauf an, diesen Personenkreis umzustimmen.“

Nummehr konnte die Volksabstimmung gewagt werden. Indes sollte es noch sechs weitere Jahre dauern.

BADEN GEHT IN BADEN-WÜRTTEMBERG AUF

Im Unterschied zu Preußen, das einmal in Deutschland aufgehen sollte, könnte man davon sprechen, daß die badische Sache in Baden-Württemberg aufgehoben wurde. Jedenfalls hatten die Badener keine Probleme, sich im neuen größeren Staat wiederzufinden, nicht nur dem Namen nach. Der neue Staat hatte sich in ihren Augen bewährt. Die Umstände seiner Begründung waren gewiß wenig rühmlich und hatten Unruhe geschaffen. Eine bürgerliche Bewegung kann aber nicht dauernd auf den Barrikaden kämpfen. Die neuen Realitäten schufen neue Einstellungen.

Es charakterisiert nicht wenige Staaten, auch Bundesstaaten, daß an ihrem Anfang

Ereignisse oder Prozesse stehen, deren Vergessen im Lauf der Zeit das Miteinander ihrer Bewohner begünstigt. Davon kann auch in Baden gesprochen werden, denn von „Allensbach“ zwischen November 1969 und März 1970 befragt, erklärte die Bevölkerung im badischen Landesteil die Abstimmung vom Dezember 1951 mit 57% für rechtens, ohnehin wußte fast jeder Dritte nicht mehr Bescheid.

Betrachtet man aus dem Fundus von Fragen der Demoskopien, welche Argumente im letzten Jahrzehnt vor der abschließenden Abstimmung den Trend bestimmt haben, dann waren es zwischen 1959 und 1969/50: an erster Stelle der Gewöhnungsfaktor (35%–73%), dann der wirtschaftliche Aufschwung (32%–66%) und die Ablehnung von Kleinstaaterei angesichts der europäischen Einigung (28%–66%), ferner der „Einigkeit-macht-stark“-Faktor (29%–62%), und schließlich sogar noch das Zusammenpassen von Badenern und Schwaben (28%–54%) und – man höre – Einsparungseffekte in der Verwaltung (22%–52%).

Aber badische Kerneinstellungen, die mit dem Wunsch nach einer Wiederherstellung der alten Länder zusammengingen, halten sich durch, wenn auch nur noch von jedem fünften in ganz Baden geteilt, insbesondere Vorbehalte vor geschäftstüchtigen Schwaben oder gegen einen Wasserkopf Stuttgart. Die Demoskopien resumieren daher zu Recht in ihrem letzten Bericht zur „Stimmung in Baden“: „Baden-Württemberg hat sich als Staatsgebilde psychologisch durchgesetzt.“

Das Ergebnis vom 7. Juni 1970 überraschte in seiner deutlichen Aussage zugunsten des gemeinsamen Bundeslandes sogar die Südweststaatsanhänger: 81,9% gegen 18,1%. Unter den Stadtkreisen blieb nur Karlsruhe mit 64% gegen 36% und von den Landkreisen Bühl mit 66,8% gegen 32,2% recht deutlich unter dem Durchschnitt. Während Bühl, 1951 noch badische Hochburg (90,3%), zu fast zwei Dritteln der Abstimmenden sich neu orientierte, waren es in Karlsruhe – von einem nicht sehr viel niedrigeren Ausgangspunkt (71,4%) – nur etwa die Hälfte. Der badische Vorbehalt lebt in der vormaligen Residenzstadt als Städtekonkurrenz zu Stuttgart weiter.

FAZIT

Wenn die Badenerbewegung ausweislich der Meinungserhebungen durch das Allensbacher Institut bereits im Jahr 1959/69 chancenlos geworden war und nach der Abstimmung vom Juni 1970 ihre Niederlage auch eingestand, so bleibt ihr gleichwohl ein Verdienst: Durch ihre Existenz, ihre erfolgreiche Klage vor dem Bundesverfassungsgericht und die erfolgreiche Durchführung eines Volksbegehrens hat sie seit der Mitte der 50er Jahre die Stuttgarter Landesregierungen bedrängt. Sie mußten immer wieder dartun, daß sie auch für jene Landesteile sorgten, die keine geborene regionale Stimmenmehrheit im Landtag besaßen und sich den Erwartungen der Repräsentanten des neuen Landes immer wieder ein-

mal entzogen. Auf die Weise und nicht nur durch den Gewöhnungsfaktor wurden viele zunächst oppositionelle Badener für den neuen Staat gewonnen. Von der so erreichten Integrationsleistung im Rahmen einer insgesamt erfolgreichen Landespolitik profitierten alle Landesteile, auch württembergische, die das Pech haben, nicht am unteren Neckar zu liegen und sich blind auf den Landeshauptstadt-Bonus verlassen zu können.

Anschrift der Autoren:
Prof. Dr. Tilman Mayer,
Universität Bonn

Prof. Dr. Paul-Ludwig Weinacht,
Universität Würzburg